

Kraichtal (klu). Ein großes Publikumsinteresse fand die jüngste Sitzung des Gemeinderats der Stadt Kraichtal. Das lag nicht nur an der Verabschiedung des Haushaltes (die BNN berichteten), sondern vor allem an einer vorgeschalteten öffentlichen Fragestunde. Kraichtals Bürgermeister Ulrich Hintermayer beantwortete die zuvor schriftlich eingereichten Fragen und Anmerkungen der Bürgerinnen und Bürger. Sorgen machen sich die Einwohner vor allem über die mit täglich über 14 000 Fahrzeugen zunehmende Belastung der Ortsdurchfahrt in Unteröwisheim, über die Belästigungen im Baugebiet Staarenberg sowie über den in Menzingen geplanten Bau eines Sendemastes des Netzbetreibers O₂.

Bürgermeister Ulrich Hintermayer führte aus, dass für die Erstellung von Planungskonzepten 90 000 Euro bereitgestellt werden. Dabei handelt es sich um die Ortsumfahrung von

Klagen über die hohe Verkehrsbelastung

Bürgerfragen im Kraichtaler Gemeinderat befassten sich auch mit dem Mobilfunkmasten

Oberacker, Entlastungsmaßnahmen für Menzingen und Voruntersuchungen zur Entlastung der Unteröwisheimer Ortsdurchfahrt. Im weiteren Verlauf der Gemeinderatssitzung erhielt das Karlsruher Planungsbüro Modus Consult den Auftrag, die Machbarkeit einer Süd- oder Nordumgehung von Unteröwisheim zu untersuchen.

Wegen der starken Lärm- und Staubbelästigung im Neubaugebiet „Staarenberg“ berichtete der Rathauschef über intensiv geführte Gespräche mit dem Erschließungsträger. Weil mittlerweile schon Risse an vorhandenen Gebäuden festzustellen sind, haben die

Anwohner eine Gutachterin beauftragt. Einen breiten Raum nahmen die Fragen wegen des Sendemastes in Menzingen ein. Bürgermeister Hintermayer teilte hierzu mit, das der Betreiber O₂ seine bei einem Bürgertreffen zugesagte Bereitschaft, die Öffentlichkeit über die vorgenommenen Messwerte zu informieren, wieder zurückgezogen habe.

Begründet wird dies mit dem „schwebenden Verfahren“, nachdem die Stadt Kraichtal einen Rechtsanwalt mit der Wahrung ihrer Interessen eingeschaltet habe. Zurückgewiesen hat Hintermayer den Vorwurf der Bürgerinitiative, die Stadtverwaltung würde die Zu-

sammenarbeit verweigern. Zugesagt hat der Kraichtaler Rathauschef, dass die Anwälte Akteneinsicht bekämen und die Ergebnisse der von einem unabhängigen Institut vorgenommenen Messungen veröffentlicht werden.

Die Stadt Kraichtal verfügt über ein innerörtliches Straßennetz von rund 180 Kilometern. Klaus Bauer von den Stadtwerken zeichnete anhand einer Dia-Schau ein nachhaltiges Bild vom teils maroden Zustand der Ortsstraßen. Aufgrund der Verwaltungsvorlage beschließt der Gemeinderat die öffentliche Ausschreibung eines Rahmenvertrages zur Durchführung der Straßenarbeiten.